

Referendum über EU-Austritt nach Camerons Wiederwahl unausweichlich

Nach dem Wahlsieg von David Camerons Tories ist ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU unausweichlich. Neue Studien zeigen, dass der ökonomische Schaden eines solchen Brexits sehr ungleich verteilt wäre.



Mit einem überraschend starken Wahlergebnis hat David Camerons konservative Partei die Wahl in Großbritannien für sich entschieden und zum ersten Mal seit 1992 die absolute Mehrheit im Unterhaus zurückerobert. Insgesamt erreichten die Tories 331 von 650 Sitzen und schnitten damit deutlich besser ab als die Labour Partei (232 Sitze). Mit einem derart klaren Wahlsieg hatten zuvor nur wenige gerechnet, vielmehr war man von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden großen Parteien ausgegangen. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Ergebnisses zog Ed Miliband, der Parteichef der Labour Party, die Konsequenzen aus der Wahlniederlage und trat zurück. Auch die europaskeptische Ukip-Partei musste einen schweren Rückschlag hinnehmen. Sie erreichte lediglich die nötigen Stimmen für einen Sitz im Unterhaus. Nach der Wahl entzündete sich ein Machtkampf zwischen Anhängern und Gegnern des bisherigen Parteichefs Nigel Farage.

Verschiedene Gründe haben zu dem klaren Wahlausgang beigetragen. Während David Camerons erster Amtszeit hatte die britische Wirtschaft noch unter den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu leiden. Um das hohe Haushaltsdefizit abzubauen, verordnete Cameron dem Land daraufhin einen strikten Sparkurs, der bis heute höchst umstritten ist. Trotzdem konnte die britische Wirtschaft vor der Wahl einen deutlichen Aufschwung verzeichnen und ist zu einer der am schnellsten wachsenden Industrieländer geworden. Angesichts dieses Aufschwungs, schien David Cameron daher vielen die sicherere Wahl zu sein. Die Konservativen befeuerten diese Meinung durch eine Kampagne, in der sie immer wieder auf die vermeintlich unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen einer Labour-Regierung hinwiesen.

Das Wahlversprechen, mehr Autonomie gegenüber der EU durchzusetzen und sogar ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU abzuhalten, bescherte Cameron außerdem viele Stimmen aus dem Lager der Euroskeptiker und marginalisierte so die Ukip-Partei. Cameron möchte in Zukunft die Freizügigkeit der Arbeitnehmer einschränken und die EU gleichzeitig wettbewerbsfähiger machen.

Wochenüberblick

Mo, 11.05.2015

Nach der Ernennung neuer Verhandlungsführer durch die griechische Regierung hat sich die Arbeitsatmosphäre in den Gesprächen mit EU und IWF deutlich verbessert, dies bestätigten Insider auf beiden Seiten. Auch signalisierte die griechische Regierung zuletzt ihre Bereitschaft, wohlhabende Bürger stärker zu belasten. Am Montag gab sich Finanzminister Schäuble jedoch betont pessimistisch. Es gebe keinen neuen Stand, der das Treffen der Finanzminister rechtfertige, so Schäuble zu einem Journalisten. Da die EU von Griechenland Schritte verlangt, die Tsipras zum Bruch seiner Wahlversprechen zwingen würden, scheint ein Referendum über die Reformen immer näher zu rücken. "Wenn die griechische Regierung meint, sie muss ein Referendum machen, dann soll sie ein Referendum machen", so Schäuble weiter. Kritisch äußerte sich auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der klagte, dass die versprochenen Reformpläne schon seit Wochen ausstehen würden. Griechenlands Ex-Außenminister Evangelos Venizelos warf der griechischen Regierung Unfähigkeit vor. Für sein Heimatland gebe es nur die Wahl zwischen der Rückkehr zur Politik seiner ehemaligen Regierung und der ökonomischen "Katastrophe".

Di, 12.05.2015

Insgesamt entwickelt sich die Weltwirtschaft in letzter Zeit wieder positiv, dies geht aus der neuesten Umfrage des Münchner Ifo-Instituts hervor. Besonders positiv entwickelte sich das Wirtschaftsklima in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien. Ein negativer Trend ist hingegen in Lateinamerika und dem Nahen Osten erkennbar, wo sich das Klima mehrfach in Folge verschlechtert hat. Insgesamt legte der Index weltweit jedoch um 3,6 auf insgesamt 99,5 Punkte zu.

Di, 12.05.2015

Aufgrund von überraschend starken Konjunkturdaten ist das Pfund auf einen neuen Höchststand zum Dollar gestiegen (1,571 Dollar). Die Industrieproduktion legte im März um 0,5% zu und nährte so die Hoffnung auf ein starkes Wirtschaftswachstum im ersten Quartal. Eine baldige Erhöhung des Leitzinses scheint damit immer näher zu rücken.

Nach dem deutlichen Wahlausgang ist das von David Cameron versprochene Referendum unausweichlich. Der wiedergewählte Regierungschef betonte, das Referendum so bald wie möglich abhalten zu wollen. Beobachter halten es für möglich, dass die Abstimmung schon im nächsten Jahr stattfinden wird. Die wirtschaftlichen Folgen eines Austritts Großbritanniens aus der EU (Brexit) sind schwer abzuschätzen. Aktuelle Studien belegen jedoch, dass vor allem die britische Wirtschaft von einem Brexit stark getroffen würde. Experten der Bertelsmann Stiftung schätzen, dass ein Austritt aus der EU Großbritannien bis zu 300 Milliarden Euro kosten könnte. In der Studie werden verschiedene Szenarien durchgespielt. Im besten Fall, so die Experten, würde Großbritannien einen ähnlichen Status wie die Schweiz aushandeln und so den Zugang zum europäischen Binnenmarkt behalten. Selbst in diesem eher unrealistischen Szenario müsste Großbritannien mit erheblichen Verlusten rechnen. Die Experten beziffern diese auf etwa 0,6% des BIP pro Kopf bis 2030. Im schlimmsten Fall würde Großbritannien den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verlieren und so mit Einbußen von bis zu 3% des BIP pro Kopf rechnen müssen. Unter Berücksichtigung der indirekten Konsequenzen eines solchen Austritts, wie der Schwächung der britischen Innovationskraft und der Londoner Börse als wichtiges Finanzzentrum, könnten sich die Kosten eines Austritts auf bis zu 14% des BIP summieren, so die Experten. Der Verlust würde auf Seiten der EU deutlich geringer ausfallen. So würde das BIP pro Kopf in Deutschland je nach Szenario um 0,3% bis 2% fallen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch andere Studien, wie z. B. des Centre for European Reform.

David Cameron möchte daher einen Austritt verhindern, allerdings nur unter der Bedingung, dass die EU Großbritannien in einigen Streitfragen entgegenkommt. Dies ist jedoch mehr als fraglich. Zwar hat Cameron in Ländern wie Finnland, Deutschland oder den Niederlanden durchaus Unterstützer für seine vorgeschlagene Reform des europäischen Binnenmarktes. Die Freizügigkeit innerhalb der EU zu beschränken, steht jedoch vor allem für die osteuropäischen Mitgliedsländer nicht zur Debatte. Es bleibt also abzuwarten, ob es Cameron am Ende gelingt, die Briten von dem Verbleib in der EU zu überzeugen. Auch innenpolitisch ist die Lage für den Regierungschef komplizierter als das Wahlergebnis vermuten lässt. Die in der Wahl deutlich gestärkten schottischen Nationalisten kündigten an, ein erneutes Referendum über den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich abhalten zu wollen, sollte es zum EU-Austritt kommen.



Quelle: telegraph.co.uk

Mi, 13.05.2015

Zum ersten Mal seit Jahren lag das deutsche Wirtschaftswachstum (+0,3%) zuletzt unter dem europäischen Durchschnitt (+0,4%). Grund hierfür sind die schwächelnden Exporte in Schwellenländer wie Russland, Brasilien oder China. Aufgrund der niedrigen Arbeitslosenquote und der steigenden Löhne entwickelte sich der Binnenkonsum jedoch weiter positiv. Auch die Investitionen stiegen im ersten Quartal. Deutlich schneller wuchs die Wirtschaft in Frankreich (+0,6%) und Spanien (+0,9%). Experten gehen jedoch davon aus, dass der unerwartete Aufschwung der französischen Wirtschaft nicht stark genug sein wird, um deutliche Effekte auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen. Derzeit ist die Arbeitslosenquote in Frankreich mit etwa 10,6% mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (4,8%). Experten beurteilen die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs für dieses und das kommende Jahr nach wie vor kritisch.

Fr, 15.05.2015

Bei seinem ersten Staatsbesuch in China betonte der indische Premierminister Narendra Modi, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Asiens bevölkerungsreichsten Ländern stärken zu wollen. China erhofft sich von dem Treffen lukrative Aufträge für die heimischen Unternehmen, Indien hingegen setzt auf mehr chinesische Investitionen in die eigene Infrastruktur und einen besseren Zugang zu Chinas Markt. Zuvor hatte Modi die Heimatprovinz des chinesischen Staatschefs Xi Jinping, Shanxi, besucht. Nach wie vor belasten territoriale Konflikte das Verhältnis beider Länder. Bei dem Treffen bemühten sich beide Seiten jedoch sichtlich, diese auszublenden und die gemeinsamen Interessen hervorzuheben.

Fr, 15.05.2015

In den USA hat sich die Konsumlaune deutlich verschlechtert. Das entsprechende Barometer sank von 95,9 auf 88,6 Punkte. Auch die Industrieproduktion sank im fünften Monat in Folge (-0,3%). Eine baldige Zinserhöhung der Notenbank scheint damit in weite Ferne zu rücken.